

Inhalt:

- [Veranstaltungshinweise für 2019](#)
- [Zweckverband plant im Juni 2019 Infotag in Roggentin](#)
- [Digitalpakt – Verbandsversammlung stellt Weichen für Aufgabenübernahme](#)
- [IT-Planungsrat beschließt Koordinierungsprojekte auf seinem 7. Fachkongress](#)
- [MV-Delegation nutze Estlandreise zum Einblick in die digitale Verwaltung](#)
- [Mit Chatbots eGovernment nah an den Bürger bringen](#)
- [Digitalindex Deutschland 2019: Dringender Handlungsbedarf für M-V](#)
- [Datenschutzbeauftragter mit udis-Gütesiegel und Neuwahl im Vorstand beim eGo-MV](#)
- [Vorstellung 50 deutscher Städte im neuen Smart City-Atlas veröffentlicht](#)

Newsletter

Ausgabe 47 | 2019



Die Termine für die Veranstaltungen 2019 stehen weitestgehend fest. Die [Übersicht](#) finden Sie auf unseren Internetseiten. Nachfolgende Termine sind für die nächsten Wochen vorgesehen:

Datum	Veranstaltung	Uhrzeit	Veranstaltungsort
29.04.2019	Seminar Datenschutz	ganztägig	Haus der kommunalen Selbstverwaltung Schwerin
08.05.2019	Schulung Allris Stammdaten Kommunalwahl	09:00 - 13:00	Geschäftsstelle eGo-MV Schwerin
13.05.2019	Seminar Einführung ISMS	ganztägig	Haus der kommunalen Selbstverwaltung Schwerin
15.05.2019	Verbandsversammlung	10:00 - 13:00	Bürgerhaus Güstrow
21.05. - 23.05.	16. Deutscher IT-Sicherheitskongress	ganztägig	Stadthalle Bonn-Bad Godesberg
27.05. - 29.05.	Zukunftskongress Staat & Verwaltung	ganztägig	bcc Berlin
03.06. - 04.06.	Verwaltungsfachtagung MEMO 2019	ganztägig	Leonardo-Campus Münster
05.06.2019	Schulung Allris Stammdaten	09:00 - 13:00	Greifswald
12.06.2019	Infotag des eGo-MV	10:00 - 16:00	Informatik Center Roggentin

Unbedingt vormerken sollten Sie sich auch:

- **23.10.2019** Kommunale Messe StGT (ganztägig)
- **20.11.2019** Verbandsversammlung (10.00 - 13.00 Uhr)

Die Einladungen/Ankündigungen erfolgen zeitnah zu den Terminen.

Newsletter

Ausgabe 47 | 2019



©pixabay.com

Zweckverband plant im Juni 2019 Infotag in Roggentin (S.Warneke)

Auch in diesem Jahr führt der Zweckverband Elektronische Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern (eGo-MV) einen Infotag für seine Mitglieder zu aktuellen Themen durch.

Am **12.06.2019, ab 8:30 Uhr** werden im **Informatik Center in Roggentin** neue und interessante Themen aus verschiedenen eGovernment-Bereichen vorgestellt.

Folgende Vorträge bzw. Themen sind voraussichtlich geplant:

- Business-Portal (e Rechnung) - Bundesdruckerei GmbH
- ServO.MV Bürgerkonto - DVZ M-V GmbH
- Schul-IT und Datenschutz an Schulen - IKT-Ost AÖR
- i-doit IT-Dokumentation - procilon IT-Solutions GmbH
- VOIS GESO - HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH
- Gehaltsabrechnung - KRZ Lemgo
- Fundsachenregister - Rubicon IT GmbH

Der Tag wird so aussehen, dass wir von 8:30 Uhr bis ca. 9:15 Uhr unsere Gäste begrüßen. Danach sind bis ca. 10:45 Uhr Vorträge zum OZG, ServO und Business – Portal geplant.

Nach der Kaffeepause geht es dann bis ca. 12:45 Uhr mit den Themen VOIS GESO und eFregi-MV/easyfind weiter. Nach der Mittagsstärkung folgen um ca. 13:30 Uhr Vorträge zu den Themen Digi-Pakt/Schul-IT, Datenschutz an Schulen danach Idoit-/ IT-Dokumentation und als letztes Thema des Tages Gehaltsabrechnung Loga. Die Veranstaltung klingt gegen 16:00 Uhr mit einer Kaffeepause und der Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch aus. Weitere Informationen zur Veranstaltung und zur Anmeldung entnehmen Sie in Kürze der Website des Zweckverbandes. Die Teilnahme ist kostenfrei und richtet sich vornehmlich an die interessierten Mitglieder des eGo-MV.

Inanspruchnahme „Gemeinsamer Datenschutzbeauftragter“ (Orthmann)

Einige Mitglieder sind in den vergangenen Tagen mit folgendem Thema an uns herangetreten: Ihnen wäre zu Ohren gekommen, dass die Leistung „Gemeinsamer Datenschutzbeauftragter“ nicht mehr von uns angeboten wird. Nunmehr möchten wir mit diesen Gerüchten ‚aufräumen‘ bzw. um diesen entgegen zu wirken, möchten wir Sie darauf hinweisen, dass die Leistung „Gemeinsamer Datenschutzbeauftragter“ selbstverständlich weiterhin von Ihnen in Anspruch genommen werden kann und auch keinerlei Gespräche stattfinden, dieses Angebot zukünftig zu überdenken. Sollten Sie weitere Informationen für die Inanspruchnahme wünschen, setzen Sie sich gerne mit Frau Orthmann, Tel.: 0385/773347-51, (E-Mail: sandra.orthmann@ego-mv.de) in Verbindung oder besuchen Sie unsere Homepage.



Foto: ©pixabay.com

Projekt des IT-Planungsrates gestartet (Reblin)

Zur Verbesserung des Dokumentenaustausches zwischen den Bundesländern ist unter hessischer Federführung Anfang April das Projekt „xdomea Regierung“ des IT-Planungsrates gestartet. Mit dem Projekt soll zukünftig der E-Mail-Versand von Unterlagen ersetzt werden. Laut Pressemeldung werden sich in den kommenden drei Monaten die unterschiedlichen technischen und fachlichen Arbeitsgruppen konstituieren. Das Projekt ist Bestandteil des Aktionsplans 2019 des IT-Planungsrates.

[nach oben](#)

Newsletter

Ausgabe 47 | 2019

Digitalpakt – Verbandsversammlung stellt Weichen für Aufgabenübernahme (Reblin/Anders)

Digitale Systeme und Werkzeuge durchdringen die Gesellschaft. Die Arbeitswelt verändert sich im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung. Digitale Kompetenz ist wichtiger denn je, um digitale Medien verantwortungsvoll nutzen zu können oder um gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Schulen müssen daher landesweit auf schnelles Internet zurückgreifen können und natürlich auch über entsprechende Anzeigergeräte, mobile Endgeräte usw. verfügen. Auch Lehrerinnen und Lehrer müssen gut qualifiziert sein, um digitale Medien nutzen und digitale Kompetenzen vermitteln zu können. Mit dem DigitalPakt Schule wollen Bund und Länder beides entscheidend voranbringen.

Grünes Licht für Mittelbereitstellung

Für die Digitalisierung im Bereich der Schulen und Bildung will die Bundesregierung innerhalb der nächsten 5 Jahre finanzielle Mittel in Höhe von ca. 5 Mrd. Euro zur Verfügung stellen. Nach dem der Vermittlungsausschuss Ende Februar eine Einigung über die geplante Gesetzesänderung erzielte, hat der Bundestag den Weg für den Digitalpakt Schule freigemacht. Das Parlament billigte kurz darauf die vom Vermittlungsausschuss ausgehandelte Grundgesetzänderung mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit. Die Grundgesetzänderung war für den Bund Voraussetzung für die Mittelbereitstellung. Im März stimmte der Bundesrat einstimmig der Grundgesetzänderung zu. Somit könnten die ersten Maßnahmen noch dieses Jahr starten.



Die Nutzung von digitalen Medien soll bald Schulalltag werden. Foto: ©pixabay.com

In Mecklenburg-Vorpommern fand bereits im Oktober 2018 eine erste Informationsveranstaltung zum Thema statt. Im Januar 2019 folgten verschiedene Regionalveranstaltungen. Weiterhin hat der Lenkungsausschuss Digitale Schule des Bildungsministeriums bereits seine Arbeit aufgenommen.

In M-V gibt es rund 200 kommunale Schulträger, die ca. 530 Schulen verwalten. Für die Vergabe der finanziellen Mittel ist ein entsprechendes Antragsprocedere unter Einhaltung der Förderbedingungen notwendig. Der Digitalpakt Schule soll die Ausstattung aller Schulen in Deutschland in den nächsten fünf Jahren verbessern – das bedeutet schnelles Internet und technische Geräte für den Unterricht. Außerdem soll er die Qualifizierung von Lehrern unterstützen.

Prinzip der Verteilung steht fest

An dieser Stelle muss nun noch klargestellt werden, was überhaupt förderfähig ist und mit diesen Geldern finanziert wird. Bevor also die Fördermittel in den Schulen ankommen, sind weitere Arbeiten notwendig. Die Schulen müssen Medienbildungskonzepte erarbeiten. Schulträger legen Medienentwicklungspläne auf. Die Landesregierung erstellt zur Zeit eine Förderrichtlinie, die nach Fertigstellung mit dem Bund abzustimmen ist. Darüber hinaus wird an einer Roll-out-Planung gearbeitet, aus der hervorgehen soll, wann welche Schule von den Fördermitteln profitiert. Zusätzlich sollten mit Blick auf die Zukunft verschiedene Faktoren, wie Netzwerkplanung und Bildungskonzepte, berücksichtigt werden. Das gesamte Konzept soll nach Fertigstellung öffentlich vorgestellt werden.

Der Digitalpakt Schule knüpft an die Strategie „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom Oktober 2016 und die Strategie der Kultus-

[nach oben](#)

ZWECKVERBAND ELEKTRONISCHE VERWALTUNG
IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Geschäftsstelle: Eckdrift 103, 19061 Schwerin
Telefon: 0385 7733 47-0 | Telefax: 0385 773347-28

info@ego-mv.de | www.ego-mv.de

Newsletter

Ausgabe 47 | 2019

ministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“ vom Dezember 2016 an.

Fest steht, die Mittel sollen in Form eines Sockelbetrages je Schulart und einem Betrag pro Schüler bereitgestellt werden. Jede Schule soll in den Genuss der anteiligen Mittel kommen, somit wird es kein Windhundprinzip geben.

Die Rolle des Zweckverbandes

Bei der Entwicklung von Medienbildungskonzepten, die sich anschließend in den kommunalen Medienentwicklungsplänen wiederfinden sollen und die Grundlage für Förderanträge sind, sollen die Schulträger Unterstützung vom Bildungsministerium in Form von eigens ausgebildeten Multiplikatoren und einer zentralen Stelle erhalten. Letztere soll die Koordinierung und Steuerung zur Umsetzung des Digitalpaktes übernehmen. Für diese Rolle haben der Städte- und Gemeindetag und das Bildungsministerium den Zweckverband eGoV-MV vorgeschlagen. Die finale Entscheidung dazu steht noch aus.



Abstimmung der Verbandsversammlung am 05.03.2019 (Foto: ZV eGo-MV)

Mittlerweile zählen fast alle Kommunalverwaltungen zu den Mitgliedern des Zweckverbandes. Einige Landkreise erwägen den Beitritt, beste Voraussetzungen also für den Verband, die Rolle der zentralen Koordinierungs- und Steuerungsstelle zu übernehmen. Als Aufgaben des Zweckverbandes sind die Beratung der kommunalen Schulträger bezüglich der Erstellung der Medienbildungskonzepte und der kommunalen Medienentwicklungspläne, die Steuerung der technischen Umsetzung und des Rollouts sowie die Gesamtkoordination des Vorhabens angedacht. Konkreteres soll eine in Bearbeitung befindliche Studie darlegen.

Im Zuge der Digitalisierung der Schulen soll auch der Betrieb von Portalen, Plattformen, Diensten, Software und Infrastrukturen in kommunalen Rechenzentren in M-V organisiert werden. Weiterhin ist angedacht, dass der Zweckverband die Rolle dieses Organisators übernimmt.

Mit dem Beschluss in ihrer außerplanmäßigen Sitzung Anfang März gab die Verbandsversammlung des eGoV-MV grünes Licht für die Wahrnehmung der angedachten Aufgaben und zur Schaffung der erforderlichen personellen Voraussetzungen. Auch die Aufgaben der Datenschutzbeauftragten an Schulen sollen möglichst nach dem Modell des Verbandes, als „Gemeinsame Datenschutzbeauftragte“ an Schulen umgesetzt werden. In Klärung ist die Finanzierung. Das Land hat bereits die Mitfinanzierung signalisiert.

Im Mai 2019 wird die Verbandsversammlung über den Nachtrag des Wirtschaftsplanes 2019 befinden. Bei gesicherter Finanzierung und Klärung einiger Detailfragen kann dann zeitnah mit der Schaffung der entsprechenden Voraussetzungen bezüglich Personal und Räumlichkeiten begonnen werden. Um geeignetes Personal zu gewinnen bedarf es mindestens eine Vorlaufzeit von 6 bis 9 Monaten. Für die Datenschutzbeauftragten schließt sich daran noch eine Qualifizierungsmaßnahme an um sie fit für die Aufgabe zu machen, denn es ist nicht davon auszugehen, dass bereits ausgebildete Datenschutzbeauftragte rekrutiert werden können.

Aber: Das Bildungsministerium und die Spitzenverbände sind jetzt am Zug, um Verbindlichkeit und Klarheit zu schaffen, damit Personal gewonnen wird und letztendlich auch die Arbeit begonnen werden kann.

[nach oben](#)

Newsletter

Ausgabe 47 | 2019

IT-Planungsrat beschließt Koordinierungsprojekte auf seinem 7. Fachkongress (Reblin)



Foto: ©pixabay.com

Auf der diesjährigen Sitzung in Lübeck wurden verschiedene Maßnahmen zur weiteren Digitalisierung der Verwaltung durch den IT-Planungsrat diskutiert und beschlossen. So hat der IT-Planungsrat das neue Koordinierungsprojekt „Registermodernisierung“ eingerichtet. Verantwortlich für dieses Projekt sind der Bund, die Stadt Hamburg und Bayern als Bundesland. In unserem Land weist die Registerlandschaft eher eine dezentrale Struktur auf. Viele Register sind nicht miteinander verknüpft. Und so können Daten nicht oder problembehaftet an Behörden übermittelt werden, die diese zur Abarbeitung ihrer Aufgaben benötigen. Oftmals kommt es auch hier zu Rückständen, weil eben diese Daten verzögert ankommen oder eben gar nicht. Darüber hinaus werden auch Daten mehrfach erfasst und sind ggf. widersprüchlich. Abhilfe schaffen hier moderne Register, welche die nutzerfreundliche Digitalisierung und Umsetzung des OZG ermöglichen. Dies ist ein erheblicher Beitrag zur Verringerung des Verwaltungsaufwandes.

Der IT-Planungsrat hat ebenfalls die Einrichtung des länderoffenen Koordinierungsprojekts „Unternehmenskonto/-en“ beschlossen. Mit einem Unternehmenskonto will man den Zugang der Wirtschaft zu Verwaltungsdiensten verbessern. Unternehmen haben deutlich mehr Kontakte mit der Verwaltung als Bürgerinnen und Bürger und stellen darüber hinaus unterschiedliche Anforderungen an die Verwaltung. Dieses Gemeinschaftsprojekt mehrerer Länder soll die Registerlandschaft modernisieren und die OZG-Umsetzung vorantreiben. Jedoch ist das Thema noch nicht vollständig ausgegoren, zur nächsten Sitzung soll ein Vorschlag für die konkreten Anforderungen vorgelegt werden.

Weiterhin haben sich zur Umsetzung des OZG Bund, Länder und Kommunen auf ein arbeitsteiliges Vorgehen geeinigt. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und der Aufbaustab Föderale IT-Kooperation (FITKO) sind zuständig für das übergeordnete Programm-Management. Für die Bearbeitung der insgesamt 14 Themenfelder haben verschiedene Länder zusammen mit dem jeweils zuständigen Bundesressort die Federführung übernommen.

BMWi setzt Einführung der bundesweiten Vergabestatistik um (Reblin)

Ab Anfang 2020 sollen Vergabedaten vollelektronisch in der Vergabestatistik erfasst werden. Wie das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) kürzlich mitteilte, sollen mit der neuen Statistik in Deutschland erstmals grundlegende Vergabedaten flächendeckend zu Auswertungs- und Statistikzwecken erfasst werden. Grundlage der Vergabestatistik ist die Vergabestatistikverordnung (VergStatVO). Die Umsetzung der Einführung, sowohl technisch als auch organisatorisch, übernimmt das Statistische Bundesamt. Das BMWi beabsichtigt, die Vergabestatistik Anfang 2020 in Betrieb zu nehmen.

Die Vergabedaten sollen dann künftig vollelektronisch und soweit wie möglich automatisch erfasst werden. Angedacht ist die Übermittlung der Daten von den Auftraggebern und deren Berichtsstellen automatisiert aus einem Fachverfahren oder die Nutzung webbasierter Formulare. Bis zum genauen Termin der Inbetriebnahme bleibt es bei den bestehenden Statistikpflichten nach § 8 der VergStatVO.

[nach oben](#)

Newsletter

Ausgabe 47 | 2019

MV-Delegation nutze Estlandreise zum Einblick in die digitale Verwaltung (Reblin)

Den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch Mitte März (20.03.2019) in Estland, genauer gesagt in der Landeshauptstadt Tallin, nutze die gut 70-köpfige Delegation, unter ihnen zahlreiche Angehörige kommunaler und Landesbehörden, mit dem Digitalisierungsminister Christian Pegel (SPD) an der Spitze um in Fach- und Expertenworkshops mehr über die digitale Verwaltung Estlands zu erfahren. In Tallin veranstalteten das Goethe-Institut und die Deutsche Botschaft zum zehnten Mal den "Deutschen Frühling in Estland", bei dem M-V in diesem Jahr Partnerland war. Bei der Digitalisierung ist Estland eine echte Größe in Europa.

Behördengänge auf Minimum reduziert

Bereits seit nunmehr fast 20 Jahren ist es in Estland möglich, per SMS zu zahlen. Fast genauso lange haben die Esten überall im öffentlichen Raum kostenlos und drahtlos Zugang zum Internet. Seit 2007 dürfen sie ihre Politiker im Parlament in der Hauptstadt Tallinn online wählen.

Mit ihrer digitalen Bürgerkarte und zwei PIN-Codes können die Bürger des nördlichsten der drei baltischen Staaten Verwaltungsaufgaben von überall aus digital erledigen. Lästige Behördengänge fallen weg. Darüber hinaus ist die digitale Bürgerkarte nicht nur Ausweis, sondern auch Führerschein, Versichertenkarte, Bankkarte, Bonuskarte im Supermarkt und vieles mehr. Was für uns nach visionärer Digitalisierung und Zukunftsmusik klingt, ist in Estland lange umgesetzte Realität. Das Land meisterte bereits beeindruckende Schritte der Digitalisierung wie zum Beispiel E-Payment, oder das digitale Klassenzimmer sowie E-School. Mit ihrer digitalen Bürgerkarte und zwei PIN-Codes können die Bürger des nördlichsten der drei baltischen Staaten Verwaltungsaufgaben von überall aus digital erledigen. Lästige Behördengänge fallen weg. Darüber hinaus ist die digitale Bürgerkarte nicht nur Ausweis, sondern auch Führerschein, Versichertenkarte, Bankkarte, Bonuskarte im Supermarkt und vieles mehr.



Die Hauptstadt Tallinn ist in Sachen Digitalisierung, gut ausgerüstet. Foto: ©pixabay.com

Die positive Veränderung Estlands basiert vor allem auf einer konstruktiven Partnerschaft zwischen Regierung, den IT- und Kommunikationstechnologieunternehmen und der computerfreudigen Bevölkerung des Landes.

Wie ist der Stand der Digitalisierung in Deutschland?

Unternehmen in Deutschland müssen die kommenden Jahre kräftig in den Fortschritt bei der Digitalisierung investieren. Hier führt für alle kein Weg daran vorbei.

Und der Staat? Wer als Bürger schon einmal mehrere Stunden auf einem Amt verbracht hat, versteht den Wunsch, Zeit zu sparen und unnötige Behördengänge zu vereinfachen. Aber auch die Mitarbeiter in den Behörden hätten so die Möglichkeit, beispielsweise mittels digitaler Unterschriften Zeit und Geld einzusparen oder könnten auf so manches Thema flexibler reagieren. Mecklenburg-Vorpommern will von den guten Erfahrungen Estlands bei der Digitalisierung der Verwaltung profitieren und knüpft

Newsletter

Ausgabe 47 | 2019

mit dem jüngsten Besuch in Tallin die Bande zu dem baltischen Staat enger. Ziel des Digitalisierungsministers Christian Pegel (SPD) ist es, bis Juni eine einheitliche Verwaltungsplattform für Mecklenburg-Vorpommern im Netz freizuschalten, über die Bürger Verwaltungsdienstleistungen wie etwa Kindergeldanträge oder Kfz-Anmeldungen online abwickeln können. Zum Start der E-Government-Initiative sollen zunächst 15 dieser Leistungen mit entsprechenden Formularen abrufbar sein, das Angebot dann schrittweise erweitert werden. Bis 2022 sollen laut Bundesgesetz in ganz Deutschland alle Verwaltungsdienstleistungen von Bund, Ländern und Kommunen online möglich sein.



In M-V noch ein Wunsch vieler Bürger, Behördengänge online erledigen. Dies ist in Estland alltäglich. Foto: ©pixabay.com

Mit Chatbots eGovernment nah an den Bürger bringen (Reblin)

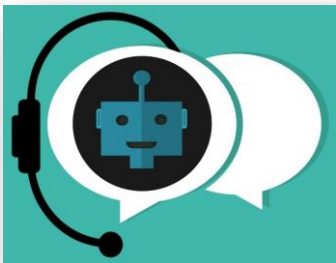


Foto: ©pixabay.com

eGovernment kommt in Deutschland nur schleppend voran. Während in vielen Teilbereichen des alltäglichen Lebens die digitale Welt Einzug gehalten hat, arbeitet die öffentliche Verwaltung kontinuierlich am Ausbau des digitalen Services für den Bürger. Darüber hinaus werden die geschaffenen Angebote von selbigen nur schwach genutzt, wie die alljährliche Studie der Initiative D21 aussagt. Auch sind die Dienste oft unzureichend bekannt oder erfordern eine Menge Hintergrundwissen für behördliche Abläufe und Zuständigkeiten.

Da greift der Bürger dann eher auf das Telefonat mit dem Sachbearbeiter zurück. So etwas kostet natürlich auf beiden Seiten Zeit und Geld.

Die Zeitschrift „eGovernment computing“ hat kürzlich einen Fachbeitrag von Dr. Christian Knebel veröffentlicht, der den Einsatz von sogenannten Chatbots beschreibt. Chatbots sind eine Form von automatisiertem Service. Quasi ein Roboter mit dem man über einen Chat kommunizieren kann. Auf Basis Künstlicher Intelligenz (KI), die durch eine Reihe definierter Regeln und Parameter funktioniert, bauen diese Bots auf. Man kann einen Chatbot auf unterschiedliche Art und Weise (Text und Sprache) einsetzen. Bots können über eine Internetseite oder einen Messenger erreicht werden. Über ein Chatfenster bilden sie rund um die Uhr hilfreiche Informationen ab. Beispielsweise könnten so Zuständigkeiten oder Verwaltungsinformationen dem Bürger zur Verfügung gestellt werden, ohne dass dieser lange auf dem Portal danach suchen muss. Somit werden bereits vorhandene digitale Dienste oder neu geschaffene besser zugänglich und damit auch besser nutzbar. Und letzten Endes rückt damit die digitale Verwaltung ein Stück näher an den Bürger.

Pilotierung der E-Akte Bund im BMF gestartet (Reblin)

Als zweite Behörde nach dem Bundesamt für Justiz ist nun das Bundesministerium der Finanzen (BMF) in die Pilotierungsphase der E-Akte Bund gestartet. Im Vorfeld und während der Pilotierung fand und findet zwischen allen Projektbeteiligten ein regelmäßiger Austausch statt. Im Anschluss an die Pilotphase werden die Erfahrungen in einem Bericht zusammengefasst. Die Abnahme der E-Akte Bund ist für Sommer 2019 geplant.

[nach oben](#)

Newsletter

Ausgabe 47 | 2019

Digitalindex Deutschland 2019: Dringender Handlungsbedarf für M-V (Reblin)

Im Deutschland-Index der Digitalisierung 2019 wurden durch das Kompetenzzentrum Öffentliche IT des Fraunhofer FOKUS im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) verschiedene Aspekte der Digitalisierung in Deutschland (z.B. in den Bereichen Infrastruktur, Digitales Leben, Wirtschaft & Forschung, Bürgerservices, Digitale Kommune und Bildung) untersucht und indiziert. Das Ergebnis der Studie zeigt einen dringenden Handlungsbedarf an, denn beim digitalen Wandel liegt MV, trotz des starken Netzausbaus in den letzten 2 Jahren, in vielen Bereichen weit hinten. Die Berliner Wissenschaftler haben für ihren „Deutschland-Index der Digitalisierung 2019“ eine große Menge an Daten dahingehend verglichen, wie oft beispielsweise im Internet gesurft wird, wie die Infrastruktur dafür beschaffen ist oder wie viele Dienste Ämter als digitalen Service anbieten. Bei der Auswertung zeigte sich der unterschiedliche Stand der Bundesländer und ein stark ausgeprägtes digitales Gefälle zwischen Land und Stadt wurde deutlich. Die Ergebnisse der Studie vom Berliner Fraunhofer-Institut für offene Kommunikationssysteme können im einzelnen auf der Website „www.oeffentliche-it.de/digitalindex“ nachgelesen werden.



(Foto: ZV eGo-MV)

Datenschutzbeauftragter mit udis-Gütesiegel und Neuwahl im Vorstand beim eGo-MV (Reblin)



Gregor Hurtig (links im Bild)
Foto: ZV eGo-MV

In Anbetracht der ständig steigenden Bandbreite der Aufgaben im Bereich Datenschutz hat der eGo-MV einem seiner Mitarbeiter die Möglichkeit eingeräumt, an der Ulmer Akademie für Datenschutz und IT-Sicherheit – gemeinnützige Gesellschaft mbH in Ulm am Seminar zum zertifizierten fachkundigen Datenschutzbeauftragten nach dem Ulmer Modell teilzunehmen. Nach einer erfolgreichen Prüfungsteilnahme konnte Gregor Hurtig am 3. April 2019 die offiziellen Glückwünsche des Vorstandsvorstehers vom eGo-MV, Bernd Anders, und der zahlreichen Kollegen in Schwerin entgegennehmen.

Die Teilnehmer des Seminars erhalten nach erfolgreicher Teilnahme an der Prüfung ein Zeugnis, in dem ihnen die vom Gesetz geforderte Fachkunde als Datenschutzbeauftragter bescheinigt wird. Das udis^{zert} und die udis-Ausbildung zu zertifizierten, fachkundigen Datenschutzbeauftragten wird von den Institutionen der Datenschutzkontrolle des Bundes und der Länder anerkannt.

Darüber hinaus hat Herr Gregor Hurtig auch das udis-Gütesiegel erworben und darf dieses Siegel die nächsten Jahre führen. Bereits im März wählte die Verbandversammlung des Zweckverbandes Herrn Peter Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Stadt Neubrandenburg als neues Mitglied in den Vorstand. Durch das Ausscheiden des Vertreters der Stadt Teterow, Herr Stephan Richter, aus dem Vorstand wurde die Wahl entsprechend § 10 Abs. 1 der Verbandssatzung notwendig.



Peter Modemann (links im Bild)
Foto: ZV eGo-MV

[nach oben](#)

Newsletter

Ausgabe 47 | 2019

Vorstellung 50 deutscher Städte im neuen Smart City-Atlas veröffentlicht (RebLin)

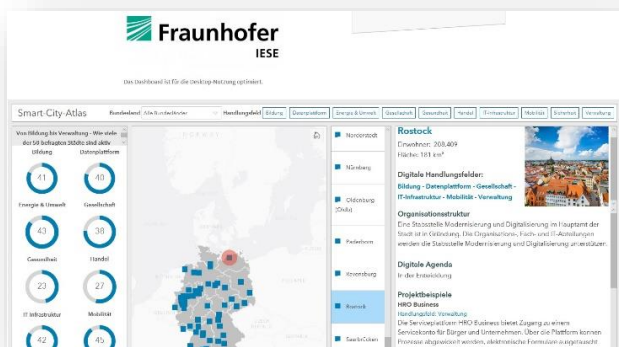


Foto: ZV eGo-MV

Der Digitalverband Bitkom hat einen neuen digitalen Atlas veröffentlicht. Dieser befasst sich mit Projekten der Entwicklung intelligent vernetzter Städte und Regionen, sog. "Smart Cities" und "Smart Regions". Insgesamt 50 Städte haben bislang eine eigene Smart City-Initiative gestartet. Fast alle Projekte befassen sich hauptsächlich mit der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, mit modernen Energie- und Umweltideen und dem Thema "Neue Mobilität". Der Bitkom-Smart-City-Atlas ermöglicht eine umfassende Übersicht der zahlreichen sich entwickelnden Smart-City-Initiativen in Deutschland. Er wurde in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software-Engineering (IESE) und 13 weiteren Partnern erstellt. Voraussetzung für die Aufnahme in den Atlas war, dass in der Kommune eine integrierte Digitalstrategie entwickelt, eine ressortübergreifende Organisationseinheit geschaffen oder ein lokales Partnernetzwerk für die Digitalisierung etabliert wurde. Diese Voraussetzungen hat in Mecklenburg-Vorpommern nur die Hanse- und Universitätsstadt Rostock erfüllt und ist somit im Smart City-Atlas zu finden.

Die Ergebnisse des Smart City-Atlas sind in einem kostenlosen Studienbericht veröffentlicht und darüber hinaus werden die Städte im Online-Atlas auf der Homepage des Digitalverbandes Bitkom vorgestellt (<https://www.digitalestadt.org/de/smart-city-atlas>).

Governikus-Jahrestagung mit vielen großen Themen und Besucherrekord (RebLin)

Die diesjährige Jahrestagung des Sicherheitsunternehmens, auf der Governikus sein 20jähriges Bestehen feierte, fand unter dem Motto: "Digitale Verwaltung – gemeinsam Zukunft gestalten" im Berliner dbb forum statt. Verschiedene Aussteller und Partner präsentierten der hohen Zahl an Besuchern Informationen zu aktuellen Themen rund um die Digitalisierung von Verwaltung und Justiz. Hauptthema war vor allem das Onlinezugangsgesetz (OZG). In den Podiumsdiskussionen, Interviews und Vorträgen wurde über die Fokusthemen IT-Planungsrat und FITKO, Registermodernisierung, e-Rechnung, elektronischer Rechtsverkehr sowie die Kooperation von eGovernment und Online-Banking gesprochen. Am Thema Interessierte können sich auf der Website des Unternehmens informieren. Dort stehen Videos, die Präsentationen sowie die Ergebnisse der Workshops bereit.

Weitere Themen, mit denen sich der Verband derzeit befasst (Auszug):

- eRechnung
- Kooperatives Webseitenprojekt
- Kita-Online in M-V
- Online-Wohngeld Fachverfahren
- IP-Telefonie für Kommunen
- i-Kfz
- und weitere

[nach oben](#)